

Erzheimat **Waldsch**
 nachmittags mit Anwesenheit
 der Sonn- und Festtage.

Bezugspreis
 monatlich 60 Pf. Inland, aus-
 wärtig 70 Pf. Vierteljahrs-
 1.00 Mark ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
 (Anschlußbeilage),
 monatlich 10 Pf.

Schriftleitung:
 Herr 40/45, Fernsprecher 888
 Sprachstunde: werktags von
 11-1 Uhr mittags.

Die Neue Welt

Bezugspreis
 monatlich 60 Pf. Inland, aus-
 wärtig 70 Pf. Vierteljahrs-
 1.00 Mark ohne Postgebühren.

Bezugspreis
 für die 1000er Nummer
 monatlich 60 Pf. Inland, aus-
 wärtig 70 Pf. Vierteljahrs-
 1.00 Mark ohne Postgebühren.

Hauptgeschäftsstelle:
 Halle 40/45, Fernsprecher 888
 Sprachstunde: werktags von
 11-1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schmeinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkarsberga und die Mansfelder Kreise.

Sozialdemokratie u. Militärvorlage

Innerer Aktion gegen die Militärvorlage.
 Von Rosa Luxemburg

Die Resolution der Generalversammlung des 1. Stuttgarter Wahlkreises hat das große Verdienst, einer Stimmung öffentlichen Ausdrucks verliehen zu haben, die sicher in weiten Kreisen der Partei heute herrscht. Man kann sich freilich, wie unser Zentralorgan, die Antwort leicht machen, wenn man sich todesformalistisch an die in der Resolution erwähnten Mittel einer eventuellen energischen Aktion gegen die Militärvorlage hält. Die parlamentarische Obstruktion ist durch die Geschäftsordnung des Reichstages ausgeschlossen, ein Wahlfreistil läßt sich nicht künstlich herbeiführen. — Damit soll die Kritik der Stuttgarter Genossen abgetan ihre Ungründlichkeit mit der Forderung der Partei als unerschütterlich hingestellt werden. Der Kern der Resolution liegt nicht in den erwähnten konkreten Vorschlägen, sondern im Kern, aus dem heraus die Resolution gefaßt wurde. Ist man aber gewillt, diesem Geist ein wenig ehrliches Verständnis entgegenzubringen, dann muß man offen gestehen, daß die Aktion unserer Partei gegenüber den neuesten unerhörten Protokollen des Militarismus im ganzen und seit längerer Zeit an Großzügigkeit, Weit und Schärfe manches vermissen läßt. Wenn heute der Vorwärts ruhig konstatieren kann, daß sich kühnere Massenfundgebungen in diesem Moment kaum herbeiführen ließen, wenn Dr. Weidlich zur Rechtfertigung der Taktik der Fraktion in der Budgetkommission sich in der Chemnitzer Volksstimme darauf beruft, daß der bisherige Verlauf in der Stimmung unserer Parteiführer gegen die Militärvorlage keine Hoffnung rechtfertigen, als ließe sich jetzt im Sommer noch so etwas wie ein Sturm im Lande entfalten, ist es wohl die erste Frage am Platze, ob eben die Partei nicht selbst ein zu Zeit es Schuld daran trägt, ob der ganze Aufschwung unserer Aktion seit Monaten auch dazu angehen war, das Maximum an Energie und Widerstand in den Massen auszulösen und mobil zu machen.

Der Bafeler Kongreß im November bildete zweifelslos den Höhepunkt der internationalen sozialistischen Aktion gegen den Militarismus. Der Einbruch des Kongresses auf die gesamte Öffentlichkeit war ein gewaltiger. Er verriet sich von selbst, daß ein solches Ereignis mit aller Kraft ausgenutzt werden mußte, um eine Massenagitation zu entfachen, die in der Masse von Völkern in die weitesten Schichten der Arbeiterschaft zu tragen. Der Kongreß sollte dem ausbrechenden Sinne und Willen seines Mandatärs nach nicht der Ansicht, sondern der Ansicht einer umfassenden antimilitaristischen Agitation, ein Signal zur Entfaltung der äußersten Energie nach dieser Richtung sein. Die französischen Genossen, deren Drängen wir auch das Zustandekommen des Bafeler Kongresses verdanken, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit auch nach dem Kongreß volltun getan. Sie haben das Bafeler Manifest zur Tagesordnung zahlreicher Versammlungen im ganzen Lande gemacht, sie haben jede einzelne Organisation ihrer Weiritt zu dem Bafeler Beschlüssen erklären und veröffentlichten fortlaufend die lange Liste dieser Weiritt, sie veranstalteten in Paris wahre MassenDemonstrationen. Es war eine Freude zu sehen, wie systematisch, zähe und begeistert die französische Widerpartei das Werk von Völkern auszunutzen und fortzuführen. Wenn später die Regierungsvorlage mit der dreijährigen Dienstzeit einen so kühnen Widerstand in Frankreich bis in die Kassen ran, so hat darin sicher die richtige Anweisung der Massen vor und nach dem Bafeler Kongreß mit ihrer Hilfe getragen.

Bei uns in Deutschland ist nach Völkern zur Ausnutzung des internationalen Kongresses leider so gut wie nichts getan worden: keine Demonstrationen, keine Versammlungen, mit dem Bafeler Kongreß fand bei uns die besondere Aktion gegen den Krieg ein Ende. Für die Massenagitation ist die ausgezeichnete Gelegenheit eigentlich unbenutzt geblieben.

Dafür erfolgte bald eine parlamentarische Aktion unsererseits, die zum Geiste des Bafeler Kongresses im schroffen Widerspruch stand und nur geeignet war, verwirrend zu wirken. Wir meinen die Fraktionsrede des Genossen David vom 3. Dezember, worin er öffentlich die deutsche Sozialdemokratie für eine Stütze des Dreibundes erklärte und, mit dem abgesehenen armenischen Schema vom Kriegsfriede und Reichswehrkrieg arbeitend, die Erlösung unserer Partei in der auswärtigen Politik in dem Bündnis fulminieren ließ, der Dreibund solle nicht seinen realen Macht- und Interessenzuständen, sondern seinem papierenen diplomatischen Wortlaut von ehemals getreu, nur ein „Defensivbündnis“ sein. Das eine Stellungnahme für den Dreibund — gemindert nur durch den utopisch feinsüßigen Versuch, dem Dittelschraub zu einzuordnen, daß er eigentlich Feigen tragen sollte —, daß eine solche Umdeutung der Sozialdemokratie, noch dazu im Moment der Erneuerung des Dreibundes, zu der Stellung des Bafeler Kongresses wie die Faust aufs Auge paßt, läßt sich bei ruhiger Überlegung gar nicht bestreiten.

Jetzt ist schon in diesem Hinblick eine gewisse Unklarheit und Unklarheit unserer Aktion, die sollte diese Unklarheit angeht, der Militärvorlage leider noch dunkler zum Vorschein kommen. Es heißt leider weiter von der Partei, daß die Partei des Proletariats der ungeheuerlichen Militärvorlage nicht allgemeine Redensarten, sondern bestimmte Forderungen entgegenstellen mußte. Welcher Art diese

Forderungen waren, das mußte sich nicht etwa aus neuen schlaun Entfindungen, Kombinationen und Improvisationen ergeben, sondern — aus unsern alten, bewährten, offiziellen Parteiprogramm. Die Militärvorlage gehört, wohlgemerkt zu unsern Minimalforderungen, d. h. zu dem geringsten, was wir im Rahmen des kapitalistischen Staates auf militärischem Gebiete zu fordern haben. Was selbstverständlich, als daß die Militärvorlage sofort ausgenutzt werden mußte, um unsere Programmfolge der Volkswehr mit dem größten Nachdruck in den Mittelpunkt der Kämpfe und der Agitation zu stellen.

Ansatz dessen verfiel unser Zentralorgan auf die unglückliche Idee, neue Lösungen auf eigene Faust zu improvisieren. Dabei erwies es sich von einer Weichenbreite, die selbst das berühmte Vollmarische „Mindeiprogramm“ der Eldorado-Neben in den Schatten stellte. Der Vorwärts machte sich am 12. März plötzlich ein Minimalprogramm eines Minimalprogramms, ein kleines Brödelchen der Mindestforderungen zurecht, das auf die Befreiung der dreijährigen Dienstzeit und des Einjährigen-Privilegs hinauslief. Der ungeheuerlichen Militärvorlage des Imperialismus gegenüber konzentrierte sich unser Zentralorgan unbegreiflicherweise rückwärts — auf das selbige Militärprogramm der Fortschrittspartei aus der preussischen Konstituante vor 50 Jahren! Während unsere Fraktion durch den Kund ihres Berichterstatters schon auf dem Stuttgarter Parteitag im Jahre 1898 die Forderung der einjährigen Dienstzeit als das Mindestmaß an militärischem Fortschritt betrat, verfiel das Zentralorgan jetzt angelehnt der neuesten Militärvorlage auf die zweijährige Dienstzeit für die besten Truppen.

Es konnte denn auch nicht ausbleiben, daß unsere Fraktion diese Anzügen auf sich berufen ließe. Sie betrat bei den Debatten im Reichstag am 7. und 8. April die Militärvorlage und die einjährige Dienstzeit. Wurde zwar die Lösung der Volkswehr, die in unserm Programm und in unser Aufstellung durch vielfache Zusammenhänge bestimmt ist, diesmal etwas weniger auf eine kurze Dienstzeit reduziert, so wurde sie immerhin vertreten, und hebt die einjährige Dienstzeit das System der lebenden Heere durchaus nicht auf, so liegt es jedenfalls auf der Linie der Entschärfung zur Militä.

Indem aber die Fraktion so der Forderung des Parteiprogramms in einem so wichtigen Moment zum Ausdruck verhält und dadurch die „Mindeforderungen“ des Vorwärts des auswärtigen, ließ sie zugleich ihre eigene frühere wiederholt vertretene Lösung fallen: die famose „Abrüstung“. Auch diese Improvisation, die ein Jahr lang im Reichstag die Stellung unserer Partei bestimmte, ist im entscheidenden Moment, im Kampfe gegen die größte Militärvorlage, hilflos weichen in der Verlesung verschwunden. Haben wir hier nur eine erfreuliche Tatsache zu konstatieren, so kann andererseits nicht verschwiegen werden, daß damit nur noch ein Beweis mehr geliefert ist, wie in unserer Faltung dem Militarismus gegenüber zu viel kurzgelegte Improvisationen und zu wenig wichtige Sicherheit und Klarheit herrscht. Das Bafeler Manifest, das nur in der internationalen Mobilisation des Proletariats, und die Dreibund-Anhängerschaft, die in der kapitalistischen Diplomatie die Gewandtheit des Herrn erklärt, das Zentralorgan für die zweijährige Dienstzeit der bestellten Truppen und die Abschaffung des Einjährigen-Privilegs und die Fraktion für einjährige Dienstzeit, für wenigen Monaten Forderung der Abrüstung, heute wieder die alte Forderung der Militä, — man muß gestehen, daß solches Durcheinander nicht geeignet ist, eine kräftige, scharfe und begeisterte Agitation auszulösen, daß es vielmehr eine gewisse Unsicherheit und Schwankung auch in die Massen tragen, zum Teil auf unsere eignen Agitatoren verwirrend und lähmend wirken muß.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Die Harrier werden weiter begünstigt!

Die Debatte über die Veranlagung des in landwirtschaftlichen Betrieben und Grundbesitzern angelegten Vermögens wurde in der Sonnenbegünstigung der Kommission fortgesetzt. Genosse C u m e l befragte lebhaft die beabsichtigte Begünstigung der Landwirtschaft, bei der nicht der gemeine Wert zur Veranlagung kommen soll, sondern der bloße Betrag des Ertragswertes, nach einem konventionellen Antrag gar nur der bloße Betrag. Auch die Landwirtschaft haben den gemeinen Wert zu verlieren, nicht aber einen künstlich herbeizubringen Wert. Mit der angelegten Eigenart der landwirtschaftlichen Betriebe könne die beabsichtigte Begünstigung nicht begründet werden; „Eigener“ geigten auch die Betriebe anderer Betriebe, die dann ebenfalls berücksichtigt werden müßten. Die Sozialdemokraten würden also sowohl den Regierungsvorschlag als auch den konventionellen Antrag ablehnen. — Ein Regierungskommissar machte darauf aufmerksam, daß die Annahme des konventionellen Antrages einen Anstieg von 30 Millionen beim Wehrbeitrag ergeben würde. — Abg. Gothein forderte, auf Material gestützt, daß die Veranlagung nach dem gemeinen Werte erfolge. Die Begünstigung des Grundbesitzes bei der Steuererhebung erzeuge fortgesetzt härteren Anstoß. Der Landwirtschaft beim Wehrbeitrag abermals begünstigen sei einfach unvertretbar. — Ein Antrag Wehrens will auch den Gärtnereien die gleiche Begünstigung zuteil werden lassen wie den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Regierung wendet sich auch gegen diese Forderung. — Der bayerische Zentrumsgewählte W a z i n g e r

will entbedt haben, daß gerade bei der Veranlagung auf der Grundlage des Ertragswertes die Landwirtschaft sehr hoch belastet werde. Obwohl nun Herr Wazinger das auf seinen Fall nicht, trat er doch für die Einführung nach dem Ertragswert ein.

Anschließend wurde auch die Bestimmung, daß der Wehr eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes dem Wert seiner Arbeit und der seiner Familienangehörigen bei der Veranlagung in Abzug bringen darf. Diesen Wert festzustellen, wird, wie nachgelesen werden konnte, gar nicht möglich sein. Der Grundbesitzer, der sich gar nicht um die Veranlagung seiner Güter kümmert, könnte nach dieser Bestimmung ebenfalls einen hohen Abzug machen, ohne die geringste Arbeit geleistet zu haben. Mit solchen Praktiken wird bei den landwirtschaftlichen Betrieben das steuerpflichtige Vermögen sehr zusammensetzen. Dazu die Hand zu bieten bei einem einmaligen Wehrbeitrag, kann doch, wie selbst von dem Rationalliberalen P o l a n d - L i e d e betont wurde, niemand verantrauen.

Genosse D a v i d zeigte, daß der Geldwert der vom Wehr geleisteten Arbeit kaum nachgewiesen werden könne; außerdem müßten dann auch die in der Familie konsumierten Lebensmittel aus dem eigenen Betrieb mit in genaue Anrechnung gebracht werden. Das geschähe aber nicht. In Hessen habe man vor 19 Jahren ein Steuerrecht gemacht, das den gemeinen Wert bei allen steuerbaren Vermögen zur Grundlage habe. Dieses Gesetz habe sich bewährt und sei von den Rationalliberalen und zum Zentrum mit geschaffen worden. Warum wollten diese Parteien nun im Reichstage zu einer anderen Veranlagung das landwirtschaftlichen Vermögens freier? Sehr groß an Zahl seien die Grundbesitzer in der Nähe großer Städte, die zwar noch ein bißchen landwirtschaftlich benutzt werden und einen sehr geringen Ertragswert liefern, aber, weil sie der Bewässerung erschlossen werden sollen, heute schon einen großstädtischen Bodenpreis haben. Die gemittelten Vermögen, die gerade durch solche Grundstücke repräsentiert werden, so zu begünstigen, wie es die Konventionen und die Regierung beabsichtigen, wäre eine schreiende Ungerechtfährigkeit. Wenn die Veranlagung nach dem gemeinen Werte garantiert die gerechte Bemessung des landwirtschaftlichen Vermögens. — Genosse S i b e l t u m wies auf die Keuferung des Senatpräsidenten Strauß hin, der die Begünstigung der Landwirtschaft durch die Regierungsvorlage als so hanebüchen bezeichnet, daß er als Reichstagsabgeordneter gegen das ganze Gesetz stimmen würde, falls diese Begünstigung im Gesetz bestehen bliebe.

Die Rationalliberalen stellten sich in einen flagranten Widerspruch zur nationalliberalen Fraktion im preussischen Landtag, die bisher stets für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert eingetreten ist, während die Rationalliberalen im Reichstage für den Regierungsvorschlag stimmen wollten.

S i b e l t u m wies noch darauf hin, daß die preussische Regierung früher ebenfalls eine andere Stellung eingenommen habe, die gleiche, wie jetzt die Sozialdemokraten. — Nach weiterer uninteressanter Debatte wurde der Antrag Wehrens abgelehnt, ein dem konventionellen ähnlicher des Zentrums angenommen, so daß eine noch weit über die Regierungsvorlage hinausgehende Begünstigung der Landwirtschaft eintritt.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt.

Um die Reichsvermögenssteuer.

Eine Reichsvermögenssteuer soll noch nicht ganz ausgeschlossen sein. Die Tägliche Rundschau schreibt: „Werthmann hatte zwar gesprächsweise den festen Entschluß geäußert, unter keinen Umständen eine Reichsvermögenssteuer vorzuschlagen, aber es liege keine ebenso entschiedene Erklärung des Kanzlers vor, daß er gegebenenfalls eine von der Mehrheit des Reichstages angebotene Reichsvermögenssteuer nicht annehmen werde. Das Blatt fährt dann fort:

„Wie wir selbst von uninteressierter Seite erfahren, stehen selbst solche Einzelkämpfer, die sich bisher am schärfsten gegen eine Reichs-Einkommen- und Reichsvermögenssteuer gewehrt haben, der geplanten Besteuerung des Einkommens innerhalb des Wehrbeitrages durchaus nicht mehr so unfeindlich gegenüber, wie anfangs erklärt wurde. Wenn die Grenzen nicht gar zu niedrig angelegt würden, würde sich zweifellos eine Mehrheit im Bundesrat finden, die dieser Abänderung der Regierungsvorlage zustimmen würde. — Wir geben diese Mitteilung immerhin mit einigem Vorbehalt wieder, wenn schon sie von ganz ausgezeichneter unterrichteter Stelle herrührt.“

Entgegen den Mitteilungen der Täglichen Rundschau schreibt der Namheimer General-Anzeiger, das Organ Wallermanns, er habe „aus denkbar bester Quelle“ erfahren, daß der Reichstanzler in den allerletzten Tagen zu führenden Parlamentarier gedächert habe, eine Reichsvermögenssteuer sei und bleibe für die verbündeten Regierungen unannehmbar. Eine Einigung, wie sie die Zentrumspresse empfiehlt, habe nur dann Sinn, wenn man es zur Auflösung des Reichstages treiben wolle.

In Zentrumskreisen soll man, nach der Angabe des Namheimer General-Anzeigers, erwähter als bisher den Gedanken einer Reichstagsauflösung erwähter und im Regierungslager sei man fest entschlossen, wenn die von der

Regierung geplante Forderung auftrage, an das Land zu appellieren.

Alle diese Bemerkungen scheinen uns doch einen etwas unban- taligen Antritt zu haben.

Verächtlicher Zahlungseifer.

Die evangelische tote Hand will durchaus zu dem Wehrbeitrag herangezogen werden. Die Kreisinspektion Berlin-Nord-Stadt beschloß, das Konstitutum zu erlösen, bei den au- siandigen Briefen dahin zu wirken, daß das Vermögen der evangelischen Kirchengemeinden in gleicher Weise wie das Ver- mögen der Privatpersonen zu der Wehrabgabe herangezogen werde. Diese auffällige Steuerwilligkeit findet ihren Grund wohl weniger in dem besonderen Patriotismus der evange- lischen Kirchenmänner als in der Absicht, gegen die katbolische tote Hand eine kleine Bosheit zu verüben.

Die Nationalliberalen als Giftstruppe des Kriegeministers.

Der Abg. Wasser mann hat mit Unterstützung der national- liberalen Fraktion zur zweiten Lesung der Wehrvorlage einen Änderungsantrag eingebracht, der die getriebenen Nationalreformisten wieder in die Wehrvorlage einfügen will. Er beantragt, statt 535 500 Soldaten zu bewilligen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum in letzter Minute noch umfällt, und daß dann die Streichung rückgängig gemacht wird.

Politische Uebersicht.

Dalle (Saale), den 9. Juni 1913.

Die preussische Wahlreform und die Junker.

Die Kreuzzeitung und die Deutsche Tageszeitung be- schäftigen sich in Vorkriegszeiten u. a. auch mit der Wahlrechts- frage. Die Kreuzzeitung ist weniger anlässlich der etwaigen Wahlrechtsänderungen der Parteien. Sie glaubt, selbst wenn eine Erziehung der gesamten Nation, Nationalliberalen, Fort- schrittlichen und Sozialdemokraten, zustande käme, daß dann immer noch keine Gefahr bestehe, daß ohne Zustimmung der Wähler nicht viel anfangen könne. Ebenfalls fügen die Ratio- nalliberalen selbst in einer Zwischenzeit. Sie möchten das Wahlrecht demokratisieren, um den konservativen Abbruch zu tun, und würden unter einer Demokratisierung im Westen selbst dem Zentrum gegenüber zu leiden haben. Aus allen diesen Gründen sei von einem Wahlrechtsabstand nicht übermäßig viel zu fürchten. Aber: „Was wird die Regierung tun?“ Wir glauben nicht, daß an den zukünftigen Stellen über diese Frage schon Beschlüsse gefaßt sind. Frühere Vorkriegszeiten geben aber einen bestimmten Fingerzeig dafür, wie die beamteten Herren denken. Bekanntlich hat die Regierung einmündlich seinen erklärt worden, daß es zwecklos sei, dem Abgeordnetenhaus eine neue Vorlage zu machen, so lange dort die alten Wehr- verhältnisse bestehen. An diesen aber ist durch die jetzige Wahl Verhältnisse nicht geändert worden. Auch die Rede, mit der der Ministerpräsident feierlich die letzte Wahlrechtsreform dem Landtage vorlegte, verdient in Erinnerung gebracht zu werden. In ihr wurde doch sehr wirksam nachgewiesen, daß die angegebenen Gründe, mit denen die radikalen Wahl- rechtsreformer ihre Forderung zu begründen pflegen, in Wahr- heit im Rechten nicht bestehen.“ Trotz dieser Selbstberuhigung traut die Kreuzzeitung dem Frieden nicht. In ge- wöhnlichen Ausdrücken sucht sie der Regierung einmündlich seinen zu legen, daß die „Schicksale des Landes die Wieder- nahme des Wahlrechtsvermerks nicht begründen könnten, daß nur neuer Schritt in die bürgerlichen Parteien gebracht und, mit Zeit und Mühe dadurch beendigt werde, die besser für feindlichere Arbeit Verwendung finden.“ Der Deutschen Tageszeitung geht es ähnlich wie der Kreuz- zeitung. Auch sie hat kein richtiges Vertrauen in die Zuver-

lässigkeit der Regierung. Nur wenn sie in ihrem Kampf gegen die Wahlreform andere Seiten auf Sie jetzt auseinander, daß sie gar keine Veranlassung habe, die „rote Gefahr“ auch im Ab- geordnetenhaus zu fördern; wenn auch im neuen Abgeord- netenhaus für die einfache Einführung der direkten und ge- heimen Wahl eine Mehrheit vorhanden sein dürfte, so läme die Regierung, auch wenn sie schließlich die rechte Abstimm- ung konstatieren wolle, mit einer solchen Vorlage unmöglich an den Landtag heranzutreten, da sie damit alle Trümmer für die Erreichung ihres Zieles, das pluralistische Wahlrecht durch Pluralbestimmungen zu „verbessern“, aus der Hand geben würde. Die andere weit wichtigere Seite der Frage aber ist durch das bekannte Wort Webers angedeutet: „Wenn wir erit Freigebung haben, dann haben wir alles.“ Dieses Webersche Wort will die Deutsche Tageszeitung noch in einem besonderen Artikel erörtern, und die Regierung dann vollends abschreiben, einmündig Entgegenkommen in der Wahl- rechtsfrage zu zeigen.

Im vorletzten Jahr wurden Meldungen, daß dem Dreifaltig- heit eine neue Wahlrechtsvorlage zu gehen und die Thronrede schon dahingehende Absichten ankündigen werde, auf- fessend eifrig dezentriert. Die gleichzeitig in den beiden Jahresblättern zum Ausdruck kommenden Sorgen um eine Wahlreform scheinen aber doch anzudeuten, daß in der Regie- rung Meinung besteht, Wahlreformwünsche in der einen oder der anderen Weise wieder aufzunehmen. Mag es aber auch sein, wie es will, das preussische Volk will sich nicht um die guten Willen der Regierung kümmern, wird sich nicht be- zwingen lassen durch das Geschwätz konservativer Blätter über die Bedenken nationalliberaler Reaktionen, es wird den Wahl- rechtskampf mit aller Energie wieder aufnehmen und nicht eher ruhen, bis es sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht er- kämpft hat.

Die internationale Verrippung des Rüstungskapitals.

Aus London schreibt man uns: Der Labour Leader geht in seiner letzten Nummer weiter dem komplizierten Rechnet nach, das das Rüstungskapital aller Länder gründlich vereinigt und ihm geteilt, mit Hilfe von Kriegsspannen und Rüstungs- gegen alle Wässer unparteiisch auszuhandeln. Es sind namentlich zwei besondere geniale Kapitalorganisa- tionen, die den ausgesprochenen Zweck zu haben scheinen, die nächste Weltveränderung und höchste Interessengemeinschaft zwischen dem englischen Rüstungskapital und den Rüstungs- firmen der anderen Länder herzustellen. Die eine ist der **Nobel Dynamite Trust**, die andere die **Harvey United Steel Co. Ltd.**

Der Nobel Dynamite Trust hat nach dem letzten Jahres- bilanzumsatz einen Reingehalt von 880 720 Pfund Sterling bei einem Kapital von 3 285 400 Pfund besitzt. Dieser erfreu- liche Resultat erklärt der Geschäftsbericht damit, daß die **Wach- stumsfrage nach Kriegsmaterial** zugenommen hat. Nach offiziellen Angaben kann der Trust die Produktion von Sprengstoffen unternehmen, aber sein Hauptzweck besteht darin, die Aktien gewisser Sprengstoff-Gesellschaften zu erwerben. Der Trust besitzt das gesamte Aktienkapital der englischen **Nobels Explosives Co. Ltd.** und ist an den folgenden Unternehmen inter- essiert: **Dynamit A. G.**, vormals **Alfred Nobel u. Co.**, **Hamburg**; **Rheinische Dynamitfabrik, Köln**; **Deutsche Sprengstoff A. G., Hamburg**; **Tredner Dynamitfabrik Dresden**. Außer- dem besitzt fast einigen Jahren ein Geschäftskommen mit **deutschen Pulvererzeugern**, das erst im Jahre 1910 abläuft. Der Trust hat 76 deutsche und 22 französische Aktienbesitzer. **Englische, deutsche und französische Aktienbesitzer** haben mit dem Unternehmen einer (nicht näher angezeigten) offi- ziellen Verbindung. Nur die deutschen Firmen werden genannt: **General von Mühlbauer, Chemnitz**; **Christ Adam, Chemnitz**; **Edward Adrian, Major Reichert, A. von Reiffisch** und **Major Eric von Dumetz**; ferner der französische Oberleutnant **Francis J. D. L. Vassargue**. Ein noch merkwürdigeres Gebilde ist die **Harvey United Steel Co. Ltd.** Dieses Unternehmen befindet sich jetzt aus un-

bekannten Gründen in freiwilliger Liquidation, obwohl es noch 1911 eine Dividende von 7 1/2 Prozent verteilte. In dieser We- fentlichkeit scheint sich fast das ganze Rüstungskapital der Welt ohne Rücksicht auf nationale Gegenfälle oder diplomatische Verbindungen und Entzeten in hoher Eintracht zusammenzufan- gen zu haben.

Alle englischen Rüstungsfirmen sind durch Aktienbesitz und Direktoren an der Weltöffentlichkeit beteiligt.

Von deutschen Firmen sind beteiligt die sich jetzt eines beson- deren Rufes erfreuende **A. G. der Dillinger Hüttenwerke**, die 231 Aktien inne hat und im Direktorium durch Herrn Fritz Sätzl, Dillingen, vertreten ist. Die Firma **Krupp**, Essen, besitzt 4731 Aktien und hat die Herren **Seinrich Viel- hauer** und **Emil Chrensbarger** (wie glücklich das Rüstungskapital die Namen seiner Vertreter zu wählen ver- steht) im Aufsichtsrat.

Frankreich ist vertreten durch die Firmen **Schneider u. Co.** und **Die Societe des Forges et Acieries de la Marine et d'Armement**. Die **Harvey Steel Co.** hat vier französische Direktoren. Außerdem sind eine Anzahl **italienischer und amerikanischer Rüstungsfirmen** an dem Unternehmen beteiligt. Außer den Rüstungsfirmen besitzen Aktien verschiedene englische, deutsche, französische, amerikanische und schweizerische Banken, wozu die **Deutsche Bank (1850 Aktien)** und die **Bankfirma Moutet in Neuen (2400 Aktien)** genannt seien.

Man sieht, die internationale Verrippung des Rüstungs- kapital ruht auf einer soliden Grundlage. Es weiß, daß es in allen Ländern die gleichen Interessen hat. Wann werden aber auch die Wässer erkennen, daß sie hier bringender gemeinsames Interesse haben, als diese Schwarzverrippung von sich abzuschießen?

Generalfreilich gegen den Krieg.

Auf dem letzten in Newport abgehaltenen 1. Jahresfest- tag des englischen Transportarbeiter-Verbandes begründete **Ben Tillet** (Dorchester) eine Resolution, die den Krieg und die Kriegshetze verurteilt und für den Fall eines Krieges den Generalfreilich aller im Transport von Truppen und Kriegsmaterial beschäftigten Arbeiter befristet. Tillet sagte, es sei an der Zeit, daß endlich die Arbeiter die Geschäfte des Landes in ihre Hände bekommen. Die Arbeiter seien end- lich dahinter gekommen, was der ihnen vorgetragene „Patriotismus“ in Wirklichkeit ist. Das Kriegshetze werde von einer korrupten Presse geführt, die von den Rüstungsinteressen beherrscht sei. Jede „patriotische“ Vereinigung werde von den **Mordverzeugsfabrikanten** subventioniert.

O'Connor sprach, der die Resolution unterstützte, befrur- worte ein Einberufen der Transportarbeiter mit den Eisenbahnern und Bergarbeitern. Wenn diese drei Arbeiter- kategorien zusammenwürden, dann könne kein Krieg länger als ein paar Tage fortgeführt werden.

Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen. **Genosse Josabade**, Sekretär des internationalen Transportarbeiter- Verbandes mochte dem Kongress bei.

Drohender Finanzdalles?

Die englischen Ergebnisse der Einnahmen aus Zöllen und Steuern für das Rechnungsjahr 1912/13 weisen gegenüber dem vorigen Rechnungsjahr erhebliche Minderbeträge auf. Der Hauptgrund der Minderbeträge sind die Einnahmen aus den Zöllen. Zuerst sind die Zölle der deutschen Waren im Vergleich mit dem vorigen Jahre um 36,5 Millionen Mark ge- fallen. In 1911/12 betrug die Einnahme aus den Zöllen 1 110 000 000 Mark im Vergleich mit 1 146 500 000 Mark im Vorjahre. Die Einnahme aus den Zöllen ist im Vergleich mit dem vorigen Jahre um 12,2 Millionen Mark aus der Reichs- steuernverwaltung und der Reichsrentenverwaltung, womit sich der Gesamtüberschuss aus diesen wichtigsten Einnahme- quellen des Reiches auf 58,7 Millionen Mark stellt.

Der Eindringling. (Nachb. verb.)

Roman von **Blasco Ibañez**.

Ins Deutsche übertragen von **Julio Frauila**.

Eines Tages war der Ingenieur mit der Verwaltung in Konflikt gekommen infolge der Entlassung eines tüchtigen Ar- beiters ohne jeden Grund. Der Mann hatte nämlich ein Kind, das ihm geboren war, außerordentlich begabten lassen zum großen Vergnügen aller Bekannten der Gegend. Dafür hatten ihm die Herren Direktoren des Unternehmens die Ent- lassung den Entlassung ohne jeden Grund. Darob entfiel große Auf- regung unter den Arbeitern. Was, wollte man sie nun mit Gewalt zu Betrübten machen? Wollte man sie zwingen, mit einer Herde in der Hand an den Profiteuren teilzunehmen, wie gewisse Heuler taten, um an hoher Stelle Wohlwollen zu erlangen und auf diese Weise Arbeit zu bekommen? Sanabre hatte darüber einen betriebl. Bericht im Bureau und be- schloß sich schließlich zu Sanchez Morueta. Der Millionär, durch seine vielfachen Geschäfte ganz in Anspruch genommen, wußte nichts von dem inneren Leben seiner Arbeiter und geriet in Zorn, als er von den Überleitern seiner Beamten erfuhr. Seine Ermittlungen in das relative Gebiet verbot er sich streng. Der entlassene Arbeiter wurde wieder angeheilt und die gesamte Arbeiterwelt hielt den Ingenieur von nun an wegen dieses Tades noch höher in Ehren.

Wenn überhaupt Sanchez Morueta ein klein wenig geachtet und geliebt wurde von den Tausenden Arbeiterleuten, die ihn um- gaben, so war es die Verdienste des Ingenieurs. In ihm sah er einen Mann, der ihm nicht nur ein Bildnis der Gerechtigkeit, die sie alle zu Sanabre legten. Die Leute hielten die Sanabre heraus, die der Prinzipal zum Ingenieur hatte. Solange Don Fernando da war, brauchte man nicht zu fürchten, daß der blasse Geist, der auf anderen Werken herrschte und sich breit machte, auch hier die Oberhand besäße. Der Ingenieur ver- teilte die Interessen seines Prinzipals und sorgte für den guten Gang der Arbeit; aber außerhalb des Establishments war jeder frei, zu denken und zu tun, wie ihm dünkte. Hier konnte es nicht, wie auf den Werken und in deren anderen Reichen von Wilson, vorkommen. Da Arbeiter wegen eines gewisser Artungen, aber von den Beamten, die die Zusammen- fassung entlassen wurden. Don Fernando verordnete alles bei Sanchez Morueta, und die Atomier der Diktation konnten ihm nichts anhaben.

Tatsächlich war es bei Sanchez Morueta empfand zu dem Ingenieur eine bewundernde Zuneigung. In ihm sah er etwas von jenem Sohne, den er vergebens in den ersten Jahren seines Lebens erhofft hatte. Vor acht Jahren hatte der junge Mann sich eines Morgens bei ihm mit einem Empfeh- lungsschreiben eines Madrider Freundes vorgestellt. Er hatte jedoch in Barcelona das Ingenieurdiplom erlangt. Er war sehr fleißig und wollte eine Anstellung haben, um seiner Mutter und seinen Schwestern, die von einer großen Staats- pension lebten, ein menschendügendes Leben zu verschaffen. Sein Vater war Offizier gewesen; alle Männer aus seiner Familie gehörten dem Militärstand an. Ihm aber gefiel

dieser Beruf nicht; er glück seiner Mutter, und Sanchez Morueta erkannte durch einen Zufall, den er auf ihn warf, daß der Junge tatsächlich nichts anderes als ein Kind der Gerechtigkeit war. Seine Hände waren hart und weiß, seine Haut hatte einen matten Glanz und eine bläuliche-bräunliche Färbung, die großen Augen schauten sonst herein, vielleicht zu sanft für einen Mann. Wenn er lächelte, zeigte er zwei regelmäßige Reihen seiner weißer Zähne. Nur der Schnurrbart, dessen Spitzen über die Lippen hinaus, war das einzige physische Gebilde seiner kriegerischen Vorfahren.

Der Millionär schaute sich mit einem Augenblicke ab zu dem jungen Mann hingegen. Vielleicht war es eine Wirkung des Kontrastes zwischen seinem ungelächelten Kampesblei und der Herzlichkeit jenes Vertriebenen, der seine Traurigkeit und seine Kohäsität unter dem sanften Leuchten eines schürer- bestrahlten Gesichts verlor. Er hatte mit ihm wie ein in- ständiger Kenner“ — sagte der Millionär und er konnte seiner Opernvorstellung beimohnen, ohne in den mit Bitter ge- färbten Augen und nachlässigen Bewegungen der Selbstsänger verordnete Zuge mit seinem Ingenieur zu finden.

Sanabre ermann sich bald die Liebe seines Prinzipals. Dieser vorstige Mann wurde sofort von dem jungen In- genieur verstanden. Er, der es geschrien, hatte Sanabre ihn verstanden und wußte Fesseln nachzukommen, die nicht in Worten geäußert waren. Außerdem hatte der Ingenieur eigene Ansichten, die er mit so harter Distinktion mitteilte, daß sein Prinzipal sie für die seinigen hielt.

Als Sanchez Morueta ihn anstellte, waren die höchsten er- fahrungsgeladene Zeit erachtet worden. Sanabre war der Ingenieur und Zeichner als einfache Hilfskraft unter dem Befehl eines Engländers, der die höchsten Gehalt hatte und ein trefflicher Direktor war, bis gegen drei Uhr nachmittags, von welchem Augenblicke ab der lausibler reichlich getrunkenen Weisheit ihn zu den großen Extrabehalten verleitete. Als der Genosse in den ersten Momenten unter dem sanften Ge- sicht Morueta mit väterlichem Lächeln zu seinem Ingenieur: „Junge, hast du die Courage, um die ganze Weltstadt auf dich zu nehmen?“ Die Courage hatte er. Seitdem Sanabre an der Leitung der höchsten Hand, ging der Betrieb auszeichnet, besser als früher. Beforschte die Konfliktigkeiten der Ver- fasserschaft und der Verwaltung wurde er selbst. Er war es ihm zu verdanken, daß heftige Proteste und Missetaten vermieden wurden.

Die Herren von der Verwaltung — aus Hebereiter und auch aus inaktiver Abneigung gegen die Arbeiter, die ohne Respek- tion bahnhielten und immer von ihren Rechten sprachen — erkannten seinen Augenblick neuen Reglements, um die Zölne um ein paar Centimos zu beschneiden, aber um die Arbeiter um einige Minuten zu verlängern. Die Schlingung Güterverkehrs nahmen den Mund voll, wenn es hieß, wie sie sagten, über die Interessen des Hauses zu wachen und jene freche und immer anpreisende Anstöße im Hause zu halten. Aber Sanabre war ein Mann von großer Festigkeit und Willensstärke. Was ihn einem Mann wie Sanchez Morueta an einem Geistes? Welche er einer solchen Mißere wegen den Krieg erklären?

Der Millionär nahm billigenweise die Nachfolge seines Ingenieurs an, und der Konflikt war verübt, während die „Hilfsbedingung der Diktation“ (so bezeichnete man sie in den

Verhältnissen mit heuchlerischem Lächeln dem Ingenieur für seine Bemühungen dankten.

Vielleicht hätten die eine gewisse Umwandlung in dem Aufsehen und in den Gewohnheiten des Ingenieurs gemerkt. Er lebte sich mit größerer Eleganz, und die, welche gewohnt waren, ihn bei der Arbeit mit einer bastigen Mütze und dis- ziplinären Schuhen zu sehen, ohne daß er sich um Mollenstand und Äußen kümmerte, bemerkten sich jetzt lieblich beim Anblick der neuen Kleidung und schönen Hüte, in Silber ge- färbt, mit denen er umlagert wie früher zwischen prüfenden Schmeiden und Staubwölben hindurch ging. Seine hohen Stiefeln, seine bunten Kravatten erregten die Aufmerksamkeit der mit dem Wohlleben der Mollenmanns beschäftigten Arbeiter, auch durch die neuen Schuhe und das Gesamt- eintrinken abgemerkter Wesen, die stets irrenden, den Ingenieur anzusehen mußten. — Arbeit, wie hat der sich auf einmal verändert! — sagten sie, — das ist nicht mehr unser Don Fernando; er sieht ja aus, wie eines der Verdächtigen des Arma. Wer ist wohl die Braut?

Dieser Anblick trieb, daß die Liebe die Ursache dieser Umwandlung war.

Sie und da haben die Arbeiter ihn einen Wagen nach Portu- galen nehmen; von da aus ging er über die schwebende Brücke nach San Arenas. Wenn er zurückkam, trug er im Anschlag eine Blume, die er langsam aufbewahrt, bis sie ausgetrocknet war. Die Arbeiter, die sich wegen der täglichen Beschäftigung zu ihm einen Zutrittverbot gestattet hatten, lachten, wenn sie die jartischen Hüde überstolten, die er unwillkürlich auf die in seinem Anschlag liegende Blume warf, während er die Arbeit übernahm und sagende überging.

Wann ist die Hochzeit, Don Fernando? Und er antwortete mit einem Schmunzeln, als wollte er sagen: „Meinetwegen ist die Hochzeit, aber ich werde nicht kommen.“ Er hatte sich das Joubertbild eines Mannens inmitten eines blühenden Gartens.

An einem Sommernachmittag lag Sanabre eifrig mit Schritten beschäftigt neben dem offenen Fenster des Arbeits- zimmers. Neben ihm arbeitete ein hochgradiger Ingenieur, ein passabiler, schlafender Künstler, und im Nebenraum ar- beiteten die Zeichner, von denen ab und zu einer hereinkam, um eine Frage zu stellen und sich Notizen geben zu lassen. Sanabre war unruhig; er wußte seinen Untergebenen oft ängstliche Hüde zu, und wenn er die Versicherung gewann, daß niemand beobachtet, ließ er seine Schere fort, bis er aber nicht, wie gewohnt, großes Konzentration gebrauchte, sondern einen Vorzügen, den er mit der Feder zu liebsten liebte und auf dem er behändig stierliche Suchtlinien nieder- schrieb.

Er hatte bereits zwei Seiten befürchtet, als jemand mit feiner Stiefel betritt an die Türe der Kammer schloß, und eine laute Stimme forderte in die beinahe flüsternde Stille des technischen Büreaus hinein:

„Was zum Teufel hat der kleine Ingenieur?“

Das erste, was Sanabre sah, als er die Augen aufschlug, war das Schürzenbild eines jungen Mädchens, das den Posten besetzt hatte, er hob sich los und von seinem Stuhl umstürzte und verlor, nicht wissend, ob er ihm entgegen gehen oder den Brief verlesen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Im Vorjahr erreichte die Mehreinnahme aus diesen Quellen eine Höhe von 227 Millionen Mark.
Von den Steuern und Gebühren brachten Wiedereinnahmen gegenüber dem Etatsanschlag die Branntweinsteuer 8,0 Millionen Mark, der Grundbesitzvertragssteuer 27 Millionen Mark, die Erbschaftsteuer 22 Millionen Mark, die Tabaksteuer 1,5 Millionen Mark, die Schenksteuer 0,7 Millionen Mark und der Schenksteuer 0,7 Millionen Mark. Erhöhte Lebensfähigkeit kamen aus den Zöllen 27,7 Millionen Mark, der Zigarettensteuer 5,6 Millionen Mark, der Brausteuer und Liegeplatzabgabe 5,5 Millionen Mark, der Zuckersteuer 4,8 Millionen Mark, der Leuchtmittelsteuer 2,8 Millionen Mark, der Zündwarensteuer 2,6 Millionen Mark, dem Lotterielosstempel 2,2 Millionen Mark, der Zuchtschiffsteuer 2,0 Millionen Mark, dem Spielartenstempel 2,0 Millionen Mark, der Salzfürer 1,0 Millionen Mark und dem Wechselstempel 1,5 Millionen Mark. Alle übrigen Steuern und Gebühren haben einen geringeren Lebenslauf als 15 Millionen Mark gebracht über den Etatsanschlag auch nur erreicht.

Wozu das "Vaterland" Soldaten braucht.

Dem Vorwärts wird berichtet: Am vergangenen Sonntag fand in Erfurt ein von den Regimenten der Garnison Erfurt, dem Erfurter Reiterverein (einer Privatvereinnigung), veranstaltetes Meeting statt. Aus dem Munde eines bürgerlichen, sehr ruhmgeheiligten Mannes ist es zu entnehmen, daß Soldaten in dem inneren Kampf der Klassenkämpfe, die gegen den Kapitalismus, den herrschenden "Bischof" herrschen, die weitestgehenden Personen fassenden Leibkämpfe wurden von den Soldaten der Regimenter erbracht, auch ein fünfzigstel für hohe und höchste Herrschaften wurde erbracht. Ferner haben ganze Gruppen von Soldaten und Unteroffizieren bei dem Aite aktiv mitgewirkt als Turner an Geräten und auf Pferden, es wurden Pyramiden gebaut und ein "Indianerleben im Urwald" vorgeführt. Von Unteroffizieren des Erfurter Artillerieregiments wurde eine Luadrille mit Geschützen gefahren; die in hoher Vollenbung ausgeführten schwierigen Evolutionen auf kleinstem Raum in flottesten Gangarten riefen starken Beifall hervor, heißt es in dem Bericht. Weiter wurde nach einem Wanderverhalt mit zwei Paraden eingeleitet (von der Erfurter Musikgesellschaft) vorgeführt.

Man bedauere, welche Lust man von Zeit zu Zeiten und die Vorberichtigungen und Lehungen zu dem Reiterfest (es fand außerdem am Sonntag vorher eine Generalprobe und am Dienstag eine Wiederholung des Reiterfestes) hat den Soldaten und Vorgesetzten getoht hat. Dem Reiterfest nach Vertagung der Dienstzeit legt die Militärverwaltung den hartnäckigen Widerstand entgegen; aber zu einem Vergnügen für zahlungsfähige Herrschaften können nullstenfalls Soldaten ihrem alleinigen Zweck, der kriegerischen Ausbildung, zugeführt werden, während der Kriegszug an sich abgehandelt werden.

Deutsches Reich.

Die mecklenburgische Verfassungskommission. Die Verfassungskommission sind von der Ritterschaft wieder getrennt worden. Für den Freitag war der Landtag noch einmal zusammenberufen worden, um die Regierungserklärung zum jetzigen Stand der Verfassungsfrage einzugangsnehmen. Inland hat ein Minister mit der Abweisung der Regierungserklärung abgelehnt. Spätestens nach dieser Sitzung des Landtages mit Spannung entgegen, weil sie hoffen, daß es mit der Otkonierung Genügend werden würde. Sie haben sich in ihren Erwartungen sehr getäuscht. Der Regierungsdirektor verlor einen Regierungserklärung, in dem der Großherzog seinen Fragen der Ritterschaft Verfassungsfrage der Regierung seine Zustimmung gegeben habe. Andererseits freilich hatten die Stände Weisheit gefast, denen der Großherzog teils aus sachlichen Bedenken, teils wegen der mangelnden Einigung der beiden Stände nicht zustimmen könne. Viele Weisheiten forderten eine neue, einigende Verfassung, und deshalb sei der Landtag bis zum Herbst zu vertagen.

Die Verfassungskommission ist also wieder einmal aus und sie hat genudet mit einem glatten Sieg der Junker, und sie wird durch ein derartiges Verhalten der Regierung natürlich nicht begnügen fühlen werden, etwa im Herbst oder später der Einführung einer Verfassung fremdbürdiger entgegenkommen.

Die Reichstagswahl in Jüterbog-Ludowigs. Die Kandidatur des konservativen Fiskusdirektors Pauli ruft noch immer zum großen Verdruß der Freirepublikaner, deren Aussichten natürlich durch den Kandidatentritt sehr beeinträchtigt sind. Die konservativen Parteileitung hat zwar versucht, Pauli auch zum Verzicht zu bewegen. Wie die Post mitteilt, hat Pauli auch auf dem Bureau des deutschkonservativen Hauptvereins unter Zuzug erklärt, daß er in diesem Kreise bei der Erhaltung nicht kandidieren wolle, da der bisherige Vertreter von Bergen von der Partei ausgetreten sei. Die Parteileitung ist jedoch nicht bereit, Pauli als Kandidat zu unterstützen, und deshalb hat Pauli tatsächlich Verzicht geleistet über dem konservativen v. Bergen Konkurrenz macht.

Das Großhändlerkongress in Baden soll jetzt so abgeschlossen werden, daß „im allgemeinen“ die Parteien im ersten Wahlgang selbständig vorgehen. „Aur“ für fünf Wahlkreise, die bisher sozialdemokratisch vertreten waren, und die das Zentrum den bürgerlichen Parteien zuwenden mochte, um die sozialdemokratischen Wähler gegen ein eventuelles Abkommen mit den Liberalen in Form zu bringen, ist ein Abkommen für den ersten Wahlgang getroffen. Nach diesem stellen die Fortschrittler sowohl wie die Liberalen in diesen Kreisen Kandidaten auf, so daß auf alle Fälle, mag das Zentrum seine Wähler absondern, alle es will, die Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang tritt. Der letzte, die Parteileitung, um die es sich hierbei handelt, sind: Vahr-Stadt, Heidelberg-Heidelberg, Heidelberg-Wiesbaden, Schwaben und Mannheim-Land. Wenn die Liberalen Parteien das Abkommen halten, so dürften diese Kreise in der Stichwahl wiederum unserer Partei zufallen.

Am 21. und 22. Juni werden Parteitage aller drei in Frage kommenden Parteien zu diesem Abkommen Stellung nehmen und es vermutlich billigen.

Die Wahlen wollen ihren eigenen König. In Hannover fand am Freitagabend eine weltliche Protestversammlung statt, in der der Redakteur des Wesenlages erklärte, die Wahlen würden die Erklärung der Chronikung des Wesenlages nicht traglich nehmen. Auch nach der Chronikung des Wesenlages Ernst August, in Hannover wurde die weltliche Frage in der Provinz Hannover weiter bestehen. Die Wahlen gäben den Kampf nicht eher auf, bis das Königreich Hannover auf friedlichem Wege wieder hergestellt sei. Im übrigen werde in nächster Zeit von Hannover Seite eine Erklärung zur handhaben und brauchwürdigen Erklärung erfolgen. Der Kampf der Wahlen wird auch durch die beständigen Betreibungen nicht aufgeschoben.

Ein militärisches Schreckensurteil fällt das Marinekriegsgericht des zweiten Geschwaders in Kiel. Es verurteilte fünf wegen militärischen Ungehorsams und Ungehorsams zu fünf Jahren und Entfernung aus der Marine.

Die Urteile zu der Anklage gegen die beiden Matrosen haben einige in der Trunkenheit gegen einen Poissmannsaamen verurteilt. Als sie am Abend des 13. April ein Lokal verließen, begannen sie den Poissmannsaamen zu essen. Den sie erst antrampelten, und als dieser sich so verhalten, verprügelte. Als der Poissmannsaamen sich zwei Matrosen zu Hilfe geholt hatte, wurde er wieder verprügelt. Schließlich folgten die Angeklagten dem Matrosen nach in ein Lokal. Von einer Patrouille wurden sie dann zur Wache gebracht. Wegen dieser Vorgänge erhielten die beiden die harte Strafe. Die beiden Matrosen wurden mit einem Vorgang für zwei zum Krüppel schlagen, aber eine solche Strafe erhält?

Frankreich.

Der Kampf um die Deeresvorlage. Aus Paris wird uns geschrieben: Es geht jetzt merkwürdig zu in der französischen Deputiertenkammer. Genöthigt, wenn eine Militärvorlage diskutiert wird, geht es ziemlich friedlich her. Es herrscht sozusagen eine ministerielle Adonzei. Die sozialistische Opposition verhält sich die bürgerlichen Oppositionen rechner bekräftigen sich auf eine Detailkritik, die dem Ganzen zustimmt.

Diesmal ist das anders. Freilich hat noch nicht eine Militärvorlage eine so tiefgehende und allgemeine Bewegung im Lande ausgelöst, wie diese. Die Kammer ist sozusagen in zwei ungleiche Hälften geteilt. Die kleinere Hälfte links, die etwa 240 Abgeordnete umfaßt, die größere Hälfte rechts, die 280 Köpfe zählen mag. Dazwischen steht ein Keil von 60 bis 80 Abisafalen, die den Ausgleich geben werden und die bis bisher meist in der Reserve hatten. Ob die zweiwöchige Dienstzeit aufrecht erhalten wird, scheint gegenwärtig zweifelhaft. Weniger zweifelhaft scheint die Ablehnung der dreijährigen Dienstzeit. Wahrscheinlich ist ein vermittelnder Beschluß. Doch läßt sich heute mit einiger Bestimmtheit das Ende dieses der kaum begonnenen Disziplin nicht voraussagen. Bestimmen müssen wir jedoch, daß kein einziger der drei Redner, die bisher die Regierungsvorlage verteidigten, für die volle dreijährige Dienstzeit eingetreten ist.

In dieser Unklarheit befinden die Gegner der Regierungsvorlage die Entscheidung darüber zu beeinflussen, daß sie die Stellung der Regierung unterminieren. Viel gehört dazu freilich nicht. Das ist die Urfrage der zahlreichen Interpellationen, die die Diskussion der Militärvorlage würgen, ohne sie gerade zu füttern. Es ist müßig, diese Interpellationen nach ihrem sachlichen Inhalt zu unteruchen. Voligeitige Liebergriffe, einseitige Regierungsmassnahmen, die sonst die Abisafalen fall lassen, werden jetzt an das Licht der Parlamentaristik gesetzt. Das Ergebnis ist immer das gleiche. Die Regierung weicht einer Niederlage aus, sei es, daß sie sich mit der „einfachen“ Tagesordnung begnügt, sei es, daß sie die von den Opponenten vorgeschlagene Tagesordnung annimmt. Freilich kann man nicht sagen, daß dadurch die Freilige gerade gemitt ...

Eine antimilitaristische Demonstration führte in Rennes zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Demonstrationskomitee hatte an die Arbeiterkassen die Aufforderung gerichtet, gegen die großen Paraden zu demonstrieren. Infolge dessen hatte man die Mener Polizei durch 50 Genormen aus der Umgegend vertrieben. Sobald jedoch das Militär auf dem Marktplatz auseinanderbrach, stimmten die Sozialisten die Internationale an. Nun entstand eine große Schlägerei. Die Polizei schritt ein und nahm 20 Verhaftungen vor. Viele Personen erlitten Verletzungen.

Norwegen.

Die demokratische Entwicklung macht gute Fortschritte. Eben ist man dabei, das Ordenswesen abzuschaffen, demnach soll eine Vorlage dem Storting unterbreitet werden, wonach die Unterchrift des Königs unter den Gesetzen und Verträgen wegfällt, die dann nur die Unterchrift verantwortlicher Minister tragen, und demnach soll befristet werden, die Ehrenrede bei Eröffnung und Schluß des Parlaments wegfallen zu lassen. — Und der norwegische Staat wird trotzdem bestehen bleiben!

Ungarn.

Der Gewalttat Tissa Ministerpräsident. Das Unglaubliche ist Ereignis geworden: Der Schreckensrat Tissa ist ungarischer Ministerpräsident geworden. Am Sonntagabend Tissa mit der Kabinetsbildung beauftragt, dieser hat den Auftrag angenommen. Tissa will die Mitglieder der früheren Kabinetsratulafas wieder in sein Ministerium aufnehmen.

Die Ernennung des Grafen Tissa zum Ministerpräsidenten ist eine unerhörte Provokation der ungarischen Bevölkerung, die nunmehr seit über Jahresfrist einen erbitterten Kampf gegen die Clique um Tissa und Lafas führt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Konstitution sich noch verschärfen. Von einer ordnungsmäßigen Arbeit des Parlaments kann gar keine Rede sein.

Tissa hat schon sein Regierungsprogramm bekannt gegeben: Er will angedacht den Frieden mit der Opposition suchen, so gar manches Opfer möchte er für den Friedensfuß bringen. Aber wenn der Frieden nicht zustande kam, dann möge er ein Gesetz einbringen, wonach Abgeordnete, die sich trotz Aufforderung des Präsidenten den parlamentarischen Arbeiten fernhalten, ihres Mandats verlustig erklärt und auch bei künftigen Wahlen nicht wiedergewählt werden können. Man wird ja sehen, ob er ein solches Gesetz durch bekommt und die Opposition damit unterliegt — die ungarische Arbeiterschaft wird auch mit einem Tissa fertig werden.

Rußland.

Ein Notizbuch der zarischen Marine. Das sozialrevolutionäre Organ Szamja Truda veröffentlicht folgende Einzelheiten aus dem Leben der politischen Gefangenen in der berühmtesten Schiffsverleger Zeitung: Von den Teilnehmern des verhängnisvollen Prozesses in diesem Kessel, die mit 30-40 Tagen Karack bestraft wurden, sind bis zum März dieses Jahres gestorben: Stodumow, Torkowitsch, Zschobimantow, Kurajlow, Quano und andere. deren Namen verständig unbekannt sind. Außerdem andere Gefangene sind an der Schwindsucht erkrankt; bekannt sind vorläufig 24 solche Fälle. In den Karacken finden folgende Szenen statt: Der Gefangene Kurajlow wird mißhandelt; auf die Forderung der anderen Gefangenen jetzt der Chef Agafonow ein Protokoll auf, das er dem Mißhandelten zum Unterschreiben überreicht; dieser unterschreibt, ohne den Inhalt kennen zu lernen, und erst später stellt sich heraus, daß der Schwindsucht im Protokoll aufgenommen gefällig ist. Der Gefangene Laft ist im Karack erkrankt und kann dem Appell nicht aufstehen; darauf

man ihn in Anwesenheit des Direktorsgeschiffen Rabis in die Kasse und schießt ihn auf den Hüften; mit blutigem Munde, an allen Gliedern wund, bleibt der Gefangene im Karack liegen. Der Gefangene Jost, der sich beim Appell im Karack nicht erhebt, wird gleichfalls auf den Hüften geschossen und vom Deckarbeiter Adelberg mit Äpfeln getreten. — Diese Weisheiten geben uns einen kleinen Auschnitt aus dem Leben der politischen Gefangenen in dieser Marterhöhle des Jarkismus. Dinger, Krampfkrämpfe, Mißhandlungen, Mordtaten ohne Ende — das ist das Schicksal der erlösten Zahl der politischen Gefangenen, die in den zarischen Kerkern dahinsiechen.

Zur Illustration der oben gefestigten Zustände seien nachstehend einige Daten aus dem Bericht der Budgetkommission zum Geängnisetat angeführt: zum 1. Januar 1913 belief sich die tägliche Durchschnittszahl der Gefangenen in allen Gefängnissen auf 140.000, für die nur jetzt 140.000 Plätze vorhanden sind. Die erschreckenden Gesundheitszustände in den Kerkern werden natürlich von amtlicher Seite verschwiegen. Dennoch sieht sich auch die Regierung zu dem Geständnis gezwungen, daß die Zahl der Hungernden im Gefängnis von 1906 im Jahre 1910 auf 2500 im Jahre 1912 gestiegen ist. Diese Zahlen beziehen sich allerdings nur auf die Hungernden, die in den Gefängnisinspektoren behandelt werden. Die übrige Mehrheit der ZuhälterInnen sieht ohne jede Behandlung in den gemeinlichstlichen Zellen und in den Karacken dahin.

China.

Geiter der Monarchie? Nach einem Telegramm aus Peking hat der Vutschi in Urga den Kaiser titel angenommen. Ein Kabinett gebildet und eine Armee von 200.000 Mann organisiert, in die viele russische Offiziere eingetreten sind.

Aus der Partei.

Ein unsuläßiges Verfahren.

Von einigen Parteigenossen ist in jüngster Zeit ein Rundschreiben verbreitet worden, durch das für ausländische Genossen Hilfe erbeten wird. So wenig auch die guten Absichten verkannt werden sollen, von denen die betreffenden Genossen sich haben leiten lassen, so muß doch entschieden gegen die Vorgehensweise erhoben werden. Wird in ähnlichen Fällen die Hilfe der Partei notwendig, dann ist es Aufgabe des Parteivorstandes, entsprechende Schritte einzuleiten, wie das erwünschte, bitten wir unbedingt zu lassen.

Berlin, den 7. Juni 1913. Der Parteivorstand.

Der Wahlverein für Teltow-Beestow-Startow-Charlottenburg hat seinen Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Mitgliederzahl ist um 308 auf 38.253 gestiegen. Der Wahlkreis umfaßt 13 Städte, 250 Dörfer und 231 Gutsbezirke. Die Wahlkreisorganisation setzt sich aus 52 Bezirksvereinen zusammen. 43 Bezirksvereine haben insgesamt 6993 weibliche Mitglieder, nur in 9 Vereinen ist es nicht gelungen, weibliche Mitglieder zu gewinnen. Die Plakatur hat sich auch in der Reichszeit nicht wesentlich verändert: 2346 Mitglieder sind bezogen, und 3211 mußten wegen fehlender Beiträge gestrichelt werden. Aufgenommen und zugezogen sind 5992. Die Parteipresse hat 39.956 Abonnenten im Kreise. In sieben Städte sind 82 sozialdemokratische Stabsverordnete, in 52 Landgemeinden 15 Gemeindevorsteher. Aus dem Bericht des Kreisbildungsamtes ist es zu entnehmen, daß in 33 Orten 100 Vorträge in 18 Orten stattgefunden, an denen sich 2134 Genossen beteiligten. In 20 Orten wurden 26 wissenschaftliche Einzelvorträge abgehalten. Die Kreisorganisation hat sich für die Bildungsarbeit einen eigenen Geschäftsbericht beschafft, der den Orten gegen eine geringe Gebühr zur Verfügung gestellt wird. Führung durch Mäzen, Anzeigendruckverhältnisse und verschiedene literarische Bekannthalten wurden ausgeführt. Die örtlichen Bibliotheken haben insgesamt einen Bücherbestand von 15.143 Bänden.

Ein Volkshaus für Königsberg i. Pr.

Ein seit Jahren ersehntes Ziel der Königsberger organisierten Arbeiterkassen ist nunmehr verwirklicht worden. Die Volkshausgesellschaft hat ein großes Grundstück mit Garten am Schloßberg, der schönen Stelle Königsbergs erworben. Derselbe nicht weislich verändert: 2346 Mitglieder sind bezogen, und 3211 mußten wegen fehlender Beiträge gestrichelt werden. Aufgenommen und zugezogen sind 5992. Die Parteipresse hat 39.956 Abonnenten im Kreise. In sieben Städte sind 82 sozialdemokratische Stabsverordnete, in 52 Landgemeinden 15 Gemeindevorsteher. Aus dem Bericht des Kreisbildungsamtes ist es zu entnehmen, daß in 33 Orten 100 Vorträge in 18 Orten stattgefunden, an denen sich 2134 Genossen beteiligten. In 20 Orten wurden 26 wissenschaftliche Einzelvorträge abgehalten. Die Kreisorganisation hat sich für die Bildungsarbeit einen eigenen Geschäftsbericht beschafft, der den Orten gegen eine geringe Gebühr zur Verfügung gestellt wird. Führung durch Mäzen, Anzeigendruckverhältnisse und verschiedene literarische Bekannthalten wurden ausgeführt. Die örtlichen Bibliotheken haben insgesamt einen Bücherbestand von 15.143 Bänden.

Warten Sie nicht bis Ihr Kind krank wird und Sie sich fragen müssen: hätte ich meinen kleinen Vögelchen doch besessen mit Stehle's Kindermilch genährt. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich. Preis 1/2 Mark. Sole und 2/3 Mark. Stehle's Kindermilch. G. m. b. H., Berlin W. 97, verleiht auf Wunsch an jedermann eine Probeprobe gratis und franko.

+ Frauen +
brauchen bei Störung u. Unregelmäßigkeit, von Weiblich nur Dr. Schmidt's Salzwasser, Ganzunwundlich, Salzer 4 M., Tropfen 6.00, 8-10 M., von sämtl. angest. Bedarfsartikeln billigst.
Dr. Conrad Scheidig,
Halle (Saale), Graefeweg 3a, p. l. Damenbedienuna. Rückporto.

Kakaos,
glat. rein, in nur allerbest., hervorragender Ware zu haben bei
Carl Booch, Breitestr. 1, Markt, Leipzigerstr. 61-62, 1513

Aus Dankbarkeit
schreibt nach Gebrauch von Obermeuers Medizinal Verba-Seite Herr W. I. T.: Das Hautjucken war nach 8 Tagen vollständig verschwunden. Obermeuers Medizinal Verba-Seite hat sich leichter bei Hautjucken, Hautunreinigkeiten, Ausschlagen und dergl. stets vorzüglich bewährt, was tausende von Anerkennungen bezeugen.
Medizinal Verba-Seite a. Stück 50 Pf., stärkeres Prep. 2 M., 1. - zu hab. in all. Apoth., Drog., Parfums.

Merseburg.
Hans Käther,
668 Markt 20.
Spielwaren, Geschenkartikel, Glaswaren, Reise-Andenken, Rucksäcke, Vereinsartikel. Bekannt billige Preise.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.
Zander, Str. Klaus-, Mittelg. b. Rabatt-Spar-Vereins.

Enorm billiger Verkauf

Herrren-Wäsche. Sowelt Vorrat.

- Farbige Oberhemden** mit festen Manschetten aus gutem Perkal. Regulärer Preis 5.- jetzt **3 90**
- Farbige Oberhemden** mit festen Manschetten aus Prima Perkal. Regulärer Preis 6.75 jetzt **4 50**
- Farbige Oberhemden** mit festen Manschetten aus bestem Perkal. Regulärer Preis 6.75 jetzt **5 75**
- Farbige Oberhemden** mit festen Manschetten aus feinstem Batist und Batist-Faconné. Regulärer Preis 8.25 jetzt **6 25**
- Weisse Oberhemden** ohne Manschetten in Satin und Rips. Regulärer Preis 5.50 jetzt **4 50**
- Weisse Oberhemden** mit festen Manschetten, in Satin, Rips und Rips-Faconné. Regulärer Preis 8.25 jetzt **6 25**
- Farbige Garnituren** (Serviteur u. Manschetten) aus gutem Perkal. Regulärer Preis 95 Pf. jetzt **75 Pf.**
- Farbige Garnituren** (Serviteur u. Manschetten) aus prima Perkal. Regulärer Preis 1.30 jetzt **95 Pf.**
- Farbige Garnituren** (Serviteur u. Manschetten) aus prima Waschseide. Regulärer Preis 2.50 jetzt **1 90**
- Weisse Serviteurs** gute Qualität. Regulärer Preis 80 Pf. jetzt **55 Pf.**
- Herren-Nachthemden** aus kräftig. Elsäuser Hemdentuch m. waschehem Bordenbesatz in solider Verarbeitung, 110 cm lang. Regulärer Preis 3.25 jetzt **2 60**
- Herren-Nachthemden** aus Pa. Elsäuser Renforcé od. Cretonne, Geishaform od. Umlegerkragen, m. wascheht. Bärchen besetzt, 120 cm lang. Regulärer Preis 4.25 jetzt **3 60**

Grosse Posten Kragen
verschiedene moderne Formen
5 1/2, 6, 7 cm hoch
jetzt Stück **35** Fig. 8 Stück **95** Fig.
Trotz der billigen Preise 3% Rabatt in Marken.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/24.

Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Halle-Trotha

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Bilanz am 31. Dezember 1912.		Bilanz.	
Konto.	H.	Konto.	H.
Vn Kassen-Konto	77 81	Vn Mitglieder - Geschäftsguthaben	20401
Bäckerei-Einnahm.-Konto 39161.54		„ Kauttionen-Konto	4300
Abführung 1174.54	37987	„ Reservelonds-Konto	10947
Bäckerei-Mobil-Konto 1023.99		„ Dispositionsfonds-Konto	1207
Abführung 100.99	923	„ Anwohner-Konto	6000
Orambüch.-Konto 81508.80		„ Kreditoren-Konto	19748
Abführung 811.80	80897	„ Spareinlagen-Konto	18884
„ Grobkauf-Konto 811.80		„ Rabatt-Sparguthaben-Konto	53933
„ Grobkauf-Gesellschafts-Intell.-Konto	2177 65		
„ Grobkauf-Gesellschafts-Giro-Konto	97 30		
„ Verlags-Gesellschafts-Stamm-Intell.-Konto	500		
„ Kassen-Konto	215 07		
„ Mobilien-Konto 5795.25			
Abführung 579.75	5216		
„ Verbe- u. Ragen-Konto 3463.10			
Abführung 519.10	2944		
„ Vichanlagen-Konto 787.49			
Abführung 87.49	709		
„ Beschlags-Konto 45			
„ Rabatt-Sparguthaben-Konto 5824 14			
„ Warenbestände 5161.0			
	189222 97		189222 97

Mitgliederbewegung.
Mitgliederzahl am 1. Januar 1912 1077
Im Laufe des Geschäftsjahres hinzugegetrennt 134
Summa: 1211
Am Schluß des Geschäftsjahres sind ausgeschieden 68
Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1912 1153
Die Geschäftsguthaben vermehrten sich im Jahre 1912 um 224.- Mark
Die gesamte Haftung vermehrte sich im Jahre 1912 um 1900.-
Die Haftungsumme sämtlicher Mitglieder betrug Ende 1912 28825.-
Halle-Trotha, den 9. Juni 1913.

Ernst Weige. Arthur Weber. Hermann Dobschall. 11518

Stauend billig, Dienstag
in der
„Nordsee“

Schellfisch ohne Kopf Pfund nur **18** Pf.
Kabeljau ohne Kopf Pfund nur **20** Pf.
Karbonaden Pfund nur **27** Pf.
Heilbutt 2 bis 4 pfundig Pfund nur **50** Pf.
Alle anderen Seefische ebenfalls billigst.
Täglich frische
Häucherwaren
aus eigener Häucherei.
1826

Achtung! Steuerzahler. Achtung!
In den Monaten Februar und März sind in Preußen die Steuer-Einschätzungen bekannt worden.
Der
„Führer durch das preussische Einkommensteuer-Gesetz“, Preis 30 Pfg.
ist ein außer Ratgeber in allen Steuerfragen. Besonders auch durch die Hinweise, wie man Reklamationen zweckmäßig betreibt.
Das sehr wichtige Buch ist durch alle Aussträger und Filial-Erhebungen des Reichsstatistikamts zu beziehen oder auch direkt per Post gegen Entsendung von 35 Pfg. inkl. Porto von der
Volks-Buchhandlung Halle a. S., Harz 42/43.

Warnung.
Es ist wiederholt festgesetzt worden, daß die Führer den Kraftfahrzeugen etwa vorhandene Auspuffklappen an den Kraftwagen während deren Benutzung öffnen und hierdurch ungemein belästigendes Geräusch hervorruft. Unter Hinweis auf § 1 Abs. 3 der Bundesratsverordnung, betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, vom 3. Februar 1910, wird hiermit für jeden Fall der Bundesratsverordnung strenge Befolgung angeordnet.
Halle, den 4. Juni 1913.
Die Polizeiverwaltung.

Morgen u. jed. Dienstag
16 **Jan. Fischer,**
Grobe Gohlentstraße 39.
Jeden Dienstag
Schlachter u. Fleisch.
17 **G. Grubbaum,**
Mansfelderstraße 3.
Ernst Haecckel
Vollständiger Preis 1 M.
empfiehlt
Vollständiger Preis 1 M.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meiner so plötzlich verstorbenen, lieben Frau unter lieben Mama, unterer guten Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Schwägerin
Lina Komloski geb. Fischer,
lage ich allen hiermit meinen herzlichsten Dank für die vielen Kranzspenden, und allen diejenigen, die ihr das letzte Geleit gegeben haben. Besonderen Dank den Herren Pastor Jäger für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der Zucker-Fabrik für ihre aufopfernde Liebe, die sie mir erwiesen haben, sowie dem 1. M. v. S. v. S.
Der tieftrauernde Gatte **Jos. Komloski** nach hiern.
Wenn mich meine Kleinen fragen:
Wo ist unser Mütterlein?
Trauert ihr mit ihnen liegen,
Wir liegen auf der Erde allein!
„Ruhe sanft!“
1521

Wasch-Gefäße, dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.
— Transport frei Haus. —
Badewannen von 3 M. an, Waschwannen von 5 M. an, Bleichlöffel m. Deckel o. 4 M. an, Schüsselchen, Eimer 65, 75, 80 Pf., Büttelerei Schlichterhof 1, 18 dicht am Markt.
— Begründet 1883.

Segeltuchschuhe
neu und getragene, große Auswahl, verkauft billig
J. Sternlicht, Alter Markt, Goldene Kette 786
Gründeten werden billig verkauft Steinweg 50. 1517

+ Frauen! +
Bei Störung u. Unregelmäßigkeit werden sich vertrauensvoll an Frau P. Krause, Oberkammer (Hüh.) Friedenstr. 14, 1111 Auskunft kostenlos.

Verloren 1520 am Sonnabend mittag eine gold. Damenuhr mit Kette, zwischen der Schloßscheibe u. d. Uhrwerk einen Bräcker d. S. Abzug, geg. Helwig, bei Zahn, Bismarckstr. 12, p. r.

Ständesamtliche Nachrichten.
Halle-St. (Steinweg 2), 7. Juni.
Aufgegeben: Arbeiter Zintz u. Marie Schiele (Hauptstraße 8 und Neue Promenade 10), Buchhändler Böhm und M. Panda (Saale und Dresden), Buchhalter Finkelman und M. Helbig (Saale und Dresden), Telephonist Willner u. M. Meier (Dresden), Eheleute: Verheirateter: Friedrich u. Emilie Werner (Friedenstraße 24 u. Seben), Kaufmann Bahrt und Margarete Popold (Friedenstraße 190 u. Jakobstraße 25), Fleischer Reinde und Rosalia Franke (Mühlengasse 7 u. Sebnitz), Gutsbesitzer: Herrmann und Alma Zimmermann (Hilberstraße und Göhrdenstr.), Schlossherr: Herr von Carlshaus und Witte (Hilberstr. 18) und Dortheim (Hilberstraße 18).
Geboren: Arbeiter Kubie S. (Sollstraße 24).
Gefahren: Metallträger Kluge T., 7 Mon. (Hilberstraße 2), Nachtwächter Wem aus Wöpp, 29 J. (Kleine-Krausenstraße 1), Arbeiter 10 Mon. (Mansfelder, 8), Arbeiters Comieska Chrestina Mina geb. Fischer, 29 J. (Schmidstr. 33).
Halle-Mord (Gr. Wannenstr. 30), 7. Juni.
Aufgegeben: Gutsbesitzer Rasmus und Margarete Hoffsch (Hilberstraße und Burgstraße 38), Eheleute: Kaufmanns Witwe M. Schramme Hinten u. Joh. Band (Bernhardstraße 14 und Hilberstr. 8), Stellmacher Engler und Julie Böne (Friedenstraße 24 und Bismarckstraße 29).
Geboren: Arbeiter Schmidt T. (Hilberstraße 29), Steinleber Güter S. (Hilberstr. 3), Arbeiter Kleinfeldtr. J. (Sebnitzstr. 31), Schlosser Jungblut E. (Dara 22).
Verloren: Witwe Kopf geb. Jahn, 75 J. (Göhrdenstraße 1), Bauart Siegling aus Vortz, 66 J.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung: Merseburg.
Am 7. Juni verlor plötzlich unter langjähriges, treues Mitglied, der Dreher
Hermann Müller
Ehre seinem Andenken!
*809 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die überaus vielen Beweise der teilnehmenden und den reichen Blumenkranz beim Begräbnis unseres teuren, plötzlich Entschlafenen, des Zuschlägers *811
August Bergmann
lagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Herren Vorgesetzten u. Arbeitskollegen der Min.-Fabrik für die hilfreiche Unterstützung und Teilnahme bei dem schweren Verlust. Dank auch dem Fabrikarbeiter-Verband, dem Herrn Pastor Jäger für die trostreichen Worte am Grabe und der lieben Schullugend.
Bism. d. 9. Juni 1913.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Situation auf dem Balkan.

In „unterrichteten Kreisen“ in Wien wird der Stand der serbisch-bulgarischen Frage als unverändert bezeichnet. Man kann heute sogar sagen, daß in Belgrad eine ruhigere Auffassung der Lage Platz gegriffen hat. Die hoffnungsvolle Stimmung hat sich allerdings noch nicht zu der Hebung der Stimmung durchgegangen, die durch die Zusammenkunft der vier Balkan-Ministerpräsidenten in Saloniki eine Lösung der kritischen Grenzfrage herbeigeführt wird.

Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten

der Verbündeten ist beschoben worden und wird erst stattfinden, wenn das neue bulgarische Kabinett gebildet sein wird. — Die bulgarische Regierung stellte in Belgrad und Athen das größte Interesse an der Zusammenkunft der vier Balkan-Ministerpräsidenten in Saloniki. Nach einer Meldung aus Saloniki haben vier bulgarische Infanterieregimenter die Stellungen am Pangaea besetzt, die die Griechen besetzen.

Die bulgarische Ministerliste.

Sofia, 9. Juni. Es gilt als sicher, daß Dr. Danew mit der Bildung des Kabinetts betraut wird, und daß dem Kabinett sein Führer der Opposition angehören wird. Wie aus „eingeweihten Kreisen“ berichtet wird, führt die Lösung der Makedonienfrage besonders wegen der Frage der auswärtigen Politik auf große Schwierigkeiten. Insbesondere will die Regierung die Antwort aus Petersburg abwarten, ob Bulgarien Serbien zur Erhaltung des Vertrages und zur Wahrung der unbertretenen Gebiete jenseits von der britischen Zone verpflichten will.

Der Konflikt mit Serbien.

Sofia, 9. Juni. Nach Mitteilung von „zukünftiger Stelle“ ist die Antwort auf die Forderung Serbiens auf Revision des Bündnisvertrages bereits fertiggestellt. Der heutige Minister rat soll über die Antwort beschließen. Heber ihren Inhalt verleiht, daß eine Revision entschieden abgelehnt und die Erfüllung des Vertrages verlangt wird.

Albanischer Protest.

Wien, 8. Juni. Aus Valona wird gemeldet: Gestern fand hier eine von etwa 5000 Personen besetzte Versammlung statt, die hauptsächlich aus Zivilpersonen bestand. Die Versammlung protestierte entschieden gegen die Entsendung von 4000 Einwohnern albanischer Nationalität an der südbalkanischen Grenze an Griechenland und sandte diesen Protest an die Londoner Völkerversammlung.

Gewerkschaftliches.

Der Stettiner Mörder in Freiheit!

Das sicher Unglaubliche ist Tatsache: Der Streikbrecher Brandenburg, der in Brandenburg bei Stettin dem streikenden Arbeiter Müll fast tödlich ermordete, befindet sich wieder auf freiem Fuß und soll sich bereits auf und davon gemacht haben. Das ist wirklich das höchste, was mordende Streikbrecher in Preußen-Deutschland an liebevoller Mäßigkeit von den Behörden fordern können. Innerhalb eines halben Tages — genau so lange haben sich der Mörder in Haft — hat man also bei ihm Schuld oder Unschuld festzustellen vermögen. Dabei besteht die Tatsache, daß die nächsten Zeugen, die Arbeiter Engelle, Vater und Sohn, bis jetzt noch nicht vom Untersuchungsrichter vernommen wurden!

Und angeführt aller dieser merkwürdigen Umstände, die den ganzen Fall in einem überaus eigenartigen Lichte erscheinen lassen, bringt es die Schaarfacher Presse fertig, aus ihm neues Kapital für ein Arbeitswilligenschulgesetz schlagen zu wollen.

Die Nord. Wilm. Zeitung, das Manchesterblatt, nimmt in der Ausgabe vom Sonnabend abend Stellung zu dem gemeinen Mord und nennt ihn einen „bedauerlichen Vorfall“. Zur Entschuldigend der Tat führt das Blatt ein langatmiges Vokabular über den „Terrorismus der Gewerkschaften“. Vorkünftig wird allerdings am Schluß des längeren Artikels gesagt: „Solte es sich im Stettiner Falle zeigen, daß der Arbeitswillige ohne dringende Gefahr für Leib und Leben, also nicht in der Notwehr zum Mörder werden kann, so würde kein Verbrechen gerade von demjenigen als verwerflich angesehen werden, die den Terrorismus der von der Sozialdemokratie irreführten Arbeiter entscheiden bestimmen.“

Anderer die konsequente Post. Das Schaarfacherblatt schreibt wieder nach Ausnahmestellen, indem es schreibt: „Die Tat Brandenburgs wird man, so bedauerlich sie ist, ohne weiteres aus dem Notwehr heraus verstehen können. ... Die Hauptschuld an dem Vorfall trägt ganz ohne Zweifel der gegenwärtige Zustand des mangelnden Arbeitswilligen Schusses, und infolgedessen wird die Regierung, die eine Abhilfe nach dieser Richtung beharrlich ablehnt hat, mit auf der Angelegenheit sitzen, wenn über die verhafteten Landstreicher und auch über das geflohenen Landstreicher gesprochen werden wird. Weßhalb wir einen ausserordentlichen Schwere der Arbeitswilligen, wie er nunmehr, wie ich hier jetzt erregt haben, von vornherein nicht möglich. Willkürlich trägt aber der tief bedauerliche Vorfall in Stettin dazu bei, die Regierung nunmehr endlich zum Handeln zu bringen.“

Das heißt denn doch die Dreifaltigkeit auf die Spitze treiben! Wenn sich die Streikbrecher in Deutschland alles und jedes glauben herausnehmen zu dürfen, so nicht, weil sie „zu wenig geschäftig“ sind, sondern weil sie wissen, wie hoch sie in der Gunst der Schaarfacher und Verbündeten stehen! Die neue Streikbrecher-Vorfall und die nächstfolgende Verhandlung, die man dem Vorhaben angeht, sind dafür wirklich wieder Beweis genug!

Die Metallarbeiterverbesserung in Stuttgart.

Die Aussparung der Arbeiter bei der elektrotechnischen Weltfirma Robert Bosch in Stuttgart und Feuerbach bei Stuttgart ist von der Firma von langer Hand vorbereitet worden.

den. Seit Jahren haben sich die Verhältnisse im genannten Werk trotz der 48 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit und trotz höherer Verdienste als in den übrigen Firmen derart zugespitzt, daß die Firma Bosch jeden Tag mit dem Ausbruch des Streiks rechnen mußte. Jedes arbeitsrechtliche Mittel ergaben der Vorgesetzten der Betriebsleitung die Gründe. Die Teilung der Arbeit und das Arbeitslohn. Die Teilung der Arbeit wurde bis zur letzten Möglichkeit durchgeführt und dadurch eine enorm hohe Arbeitsleistung erzielt. Und in demselben Maße, wie diese Teilung durchgeführt wurde, hat die Firma Arbeitslohnsteigerung über Arbeitslohnsteigerung vorgenommen. Die Arbeiter wehrten sich gegen diese Maßnahmen wiederholt energisch. Sie setzten mittels ihrer Organisation, dem deutschen Metallarbeiterverband, durch, daß die Arbeitslohnsteigerung „festgelegt“ wurden. Bei dieser Preisfestlegung hatten laut Vereinbarung zwischen Firma und Metallarbeiterverband Arbeiterausschüsse mitzurufen. Die so festgelegten Arbeitslohnsteigerungen sind aber von der Firma durch den Vermerk abgelehnt: „Dieser Preis bleibt fest.“ Dessen ungeachtet hat die Firma wiederholt auf solche Arbeitslohnsteigerungen, abgesehen von allen denen, die nicht festgelegt waren, reduziert worden. Mehrere Skandale waren von der Firma mit der Wiffion betraut, die Arbeitslohnsteigerung zu prüfen und herabzusetzen. Einmal kam es bei diesem Vorgehen zu Zusammenstößen, die jedesmal zwischen Direktion und Leitung des deutschen Metallarbeiterverbandes geschlichtet werden konnten. Endlich hatten aber diese Arbeitslohnsteigerungen derart gewirkt, daß die Arbeiter nur bei unumkehrlicher Antizipation nach den üblichen Verdiensten erzielten konnten. Bei den Verhandlungen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Firma und der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Vorstoß der durch Metallarbeiterverbände hindurch auf einen sozialen Unternehmern erzwungen hatte, brach dann die Verhandlungen ab. Er hat ein jährliches Einkommen von Millionen, aber er ruht nicht, bis sein Ziel erreicht war. Er wollte den Streik.

So ist dieser Kampf entstanden. Die Erbitterung unter den Arbeitern ist groß, weil ein Vertreter der Firma erklärte, Bosch schlage bei Entlassungen die umgekehrte Taktik ein, als die anderen Firmen. Er entlasse die älteren und behalte die jüngeren, denn die jüngeren würden künftig einen neuen Arbeiterkern bilden. Bosch hat diesen Kampf gewollt, um der Desorientierung und Nichtigkeit der Kapitalistenklasse zu zeigen, daß er Fleiß und Mut von ihrem Blute ist. Die Arbeiter sind fast bis auf den letzten Mann im deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Der Kampf wird voraussichtlich lange dauern und scharfe Formen annehmen.

Wer gefährdet die „öffentliche Sicherheit“?

Mit welchen halbtönen „Gründen“ Arbeitern verboten werden, zeigt das polizeiliche Verbot eines Gewerkschaftsfestzuges in Halle. Dieses Verbot hat folgenden Wortlaut: „Die Erlaubnis zur Veranstaltung eines Festzuges am 15. Juni, um 3 Uhr nachmittags, vom Gewerkschaftshaus durch die Haus, Hütten- und Dierstraße bis zum Tivoli wird verweigert. Gründe: Der Festzug des Gewerkschaftsfestzuges am 15. Juni, der wenige Tage nach der Landtagswahl, ist geeignet, als Demonstration gegen das bestehende Landtagswahlrecht und für die politischen Ziele der sozialdemokratischen Partei in weiten Schichten der hiesigen Bevölkerung und der ländlichen Bevölkerung der umliegenden Kreise, die an schönen Sonntagen häufig in die Stadt zu kommen, auszufallen zu werden.“

Dann ist aber mit der Möglichkeit einer Gegen-demonstration ernstlich zu rechnen. Sollte das aber eintreten, so ist es nur noch ein Schritt bis zu Gewalttätigkeiten.

Eventuell liegt die Gefahr vor, daß die Teilnehmer am Festzug wegen einer Anzahl Verbrechen, von einem falschen Sachverhalt berichtet, sich von Demonstrationen und Ausschreitungen gegen andere Denkmale unter den Zuschauern hintreiben lassen.

Wahrscheinlich nach den Nachrichten aus der Veranstaltung des Festzuges ein, die für die öffentliche Sicherheit gefährlich ist, befindet sich die Verfolgung der nachgedachten Erlaubnis.

Man möchte fast glauben, diese famose Begründung sei von der — Halle'schen Polizeibehörde verfaßt worden. Aber auch die Sammler Polizei scheint nicht zu fühlen, wie sie mit ihrer Begründung die bürgerliche Bevölkerung herabsetzt, indem sie diese als derart radschäftig hinstellt, daß sie Gewalttätigkeiten gegen einen friedlichen Arbeiterzug zu unternehmen geneigt sei. Daß die Arbeiter „aus falschem Nachsicht“ gelegentlich eines Festzuges „Ausschreitungen“ begehen werden, ist eine haltlose Verächtlichkeit, gegen die alle Erfahrung aus Tausenden von durchaus ruhig verlaufenden Festzügen spricht. Die Polizei mußte ja Gründe haben, und so kamen diese Phantasiegebilde zustande.

Der Kreisler Seidenarbeiterstreik

dauert ununterbrochen fort. Auch die Räder der Seiden- und Seidenfabriken bedauern im Hinblick die Einigungsverhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. Der Streik hat seine Wurzeln auch auf die Seidenwebereien aus. Die Betriebe in Marzigrängen, Weidlingen und Offenbach sind ganz oder teilweise stillgelegt. Mehrere hundert Arbeiter sind dadurch heillos geworden. Die hiesigen und hiesigen Seidenwebereien sind nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen der Kundchaft gegenüber nachzukommen. 16 Seidenfabriken verbleiben an ihre Auftraggeber ein Zirkular, in dem sie betonen, daß die Kreisler Seidenarbeiter die Forderungen der Arbeiter in der Hauptsache abgelehnt haben. Die hiesigen Seidenfabriken in Deutschland behaupten, die Kundchaft das Gegenteil. Auf einen Schwindel mehr oder weniger kommt es diesen Leuten allerdings nicht an, behaupten sie doch, auch sie hätten, statt Mitglieder zu verlieren, eine Zunahme zu verzeichnen, während nach ihrem vollenommenen Arbeitervortrag vom Anfang April d. J. allein 185 ehemalige deutsche Organisierte von hiesigen Seidenfabriken abgewandert sind. Im übrigen teilt die Mitgliederzahl des Kreisler Arbeiterverbandes unter dem Einfluß des gefährlichen Kampfes außerordentlich. Er hat in der letzten Zeit im Kreisler Bezirk allein 500 Mitglieder gewonnen.

Verarbeiterkämpfe in England.

Der Verarbeiterverband der Grafschaft Dorsetshire hat soden eine Abtunung seiner Mitglieder darüber vorgenommen, ob zur Erreichung ihrer Forderungen sofort eine 14-tägige Kundgebung in London in Aussicht genommen werden soll. Die Abtunung hat eine überwältigende Mehrheit für die Kundgebung ergeben. Es stimmten für den Streik 90 038, dagegen 6375, gegen 4225. An der Abtunung

war auch die Organisation der Heberlagsarbeiter, die nicht zum Verband gehört, beteiligt. Die Forderungen sind: Entlassung aller unorganisierten Unterlagsarbeiter und ein Minimum Lohn für die Heberlagsarbeiter von 20 Schilling. Die Vertreter der Arbeiter werden noch einen Versuch machen, zu einer gültigen Verständigung mit den Gubenherren zu kommen. Auch in anderen Grafschaften Englands bereiten sich Konflikte wegen der Beschäftigung von Inorganisierten vor, so namentlich in Lancashire. In Cornwall, wo der Prozentsatz der Inorganisierten weitaus der größte war, ist es dem Verband bekanntlich schon gelungen, den letzten Mann der Organisation auszuführen.

Keine gewerkschaftliche Meldungen.

Ein Streik von grundsätzlicher Bedeutung führen die Arbeiter der Stridmalmfabrik-Abteilung der Firma Gebr. Stevoigt in Chemnitz. 110 Arbeiter streiken, weil die Firma verlangt, daß die Arbeiter einen Teil zu den Kosten der Betriebskosten, das sie benutzen, beitragen sollen. Die Arbeiter lehnen dieses Aninnen ab. Da sie mit Recht der Meinung sind, daß die Betriebskosten der Unternehmer tragen muß. Die Verhandlungen des Arbeiterausschusses und der Organisationsleitung mit der Fabrikdirektion waren ergebnislos. So blieb den Arbeitern nur der Streik. Die Arbeiter erwarten strengste Solidarität.

Die Temperarbeiter in Stargard i. Pom. stehen in einer Kohnbewegung. Es wird gebeten, Bezug nach dort zu vermeiden.

Die Steinzeiger, Hammer und Silbnerarbeiter in Braunschweig haben am Sonnabend morgen einmütig die Arbeit eingestellt. Am Donnerstag fand vor dem Vorsitzenden des Gewerkschafts, Stadtrat Wagner, im Beisein der beiderseitigen Zentralverbandsvertreter aus Leipzig und Berlin eine Verhandlung statt. Die Unternehmer boten einen dreijährigen Tarif mit 64, 66 und 68 Pf. Stundenlohn für die drei Jahre an. Die Steinzeiger fordern eine Erhöhung des Lohnes von 62 auf 72 Pf. und die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 9. Juni 1913.

Kein billiges Fleisch mehr!

Das hiesige Mehl, was die Stadt den Hausfrauen der Profetier in den letzten Monaten gewährt hat, soll ihnen entzogen werden. Man macht uns für die weiteste Kreise anregende Mitteilung, daß durch einen Beschluß der hiesigen Feuerungsdeputation der hiesige Fleischverkauf bis auf weiteres aufgehoben ist.

In den neun Monaten seines Bestehens sind gewaltige Mengen von billigem Fleisch an die ärmere Bevölkerung abgegeben; selbst im Mai betrug der Umsatz noch 43 000 Kilogramm mit einem Einkaufswert von 56 000 Mk. Das ist immerhin doch noch ein Quantum, bei welchem man sich einbringen fragen mußte, ob es ratsam ist, den Fleischverkauf einzustellen. Bejahung würde die Frage hauptsächlich deshalb, daß es nicht mehr möglich ist, unter den bisherigen Bedingungen in Hinblick auf geschlachtete Schweine zu bestehen. Der Einkaufspreis ist dort bedeutend gestiegen und der Import in der heißen Jahreszeit äußerst gefährlich. Ferner wurde die Tatsache konstatiert, daß für hiesiges Schweinefleisch der Engrospreis von 86 Mk. im September 1912 auf 88 Mk. im Mai 1913 herabgegangen ist. Infolgedessen war auch das in diesem Monat angelegte Quantum mit ganz geringer Ausnahme hiesiges Schweinefleisch. Dadurch, daß die Stadt auf dem hiesigen Schlachthofe Abnehmer großer Quantitäten wird, soll sie nun demnach auf die freie Entfaltung des Handels einwirken. Diese Gründe liegen es ratsam erscheinen, den hiesigen Verkauf einzustellen. Auf wie lange? Die Verantwortung dieser Frage wird vom dem Verhalten der Lebensmittelhersteller abhängen, an denen nur die Reich ist, die Preise den Verhältnissen anzuweisen, also gehörig herabzusetzen! Der von der Stadtvorordnetenversammlung der Feuerungsdeputation bewilligte Kredit ist in seiner Weise angegriffen; es verbleibt sogar nach Abzug aller noch stehenden Ausgaben ein Reinertrag von über 4000 Mk., der als Fonds für eine sofortige Wiederaufnahme des Regiebetriebes in Bereitschaft gehalten werden soll. Durch diesen Heberlohn wird wohl auch entgegnet dem Gerücht von großen Verlusten der Stadt die Seite abgedreht sein. Aber gilt es, die Fleischer, die das Gewicht böswillig zur Schwächung des hiesigen Betriebes ausprengten, zu billigeren Preisen zu zwingen.

Widerum Differenzen in der Halle'schen Aktienbrauerei.

Mit der vorgezogenen Brauerei beziehen seit dem Antritt des Direktors Neumeier fortwährend Differenzen. Hauptsächlich scheint dieser Herr ein maßloses Auge auf die Organisierten zu haben. Bei jeder Kleinigkeit erfolgt Entlassung. Eine einzige Angabe eines Beamten genügt, um den Organisierten zu zeigen, in welcher Weise der Direktor Neumeier Herr im Laufe ist. Ein Arbeiterausfluß besteht überhaupt nicht, trotzdem er im Tarifvertrage vorgesehen ist. Die Organisierten können ihre Beschwerden überhaupt nicht vorbringen, denn für den Direktor ist die Organisation der Arbeiter etwas Unbekanntes. Aber bei den blauen Bundesgesellen läßt man die Fingel schon länger hängen; denn sie sind ja die Schützlinge des Herrn Direktors Neumeier. Bei der Herstellung des Bieres sind fast nur Bundesgesellen tätig, obwohl das meiste Bier von organisierten Arbeitern genossen wird. Bei der Landtagswahl waren übrigens etliche Hauptlinge des Bundes den ganzen Tag für die Wahl der bürgerlichen Kandidaten tätig und ihr Lohn ganz meißer. Wenn aber die Organisierten eine Verammlung einberufen und Leben dazu Zettel in ihrem Frühstücksraum an, dann dauert es nicht lange und sie sind wieder heruntergeriffen. Der Verbleibswort, der schon 12 Jahre besteht, wird von der Aktienbrauerei nicht benutzt. Wenn der Direktor Brauer braucht, so stellt er nur Bundesgesellen ein, auch wenn sie nicht mal auf dem Stadtwahl eingetragten sind. Die Einprüfungen der Organisation beanspruchte der Direktor damit, daß für ihn kein Stadtwahl besteht. Auch die Vermittlung des Kartellvorsitzenden nutzte durchaus nichts, um ihm eines Besseren zu belehren. Den Arbeitern wird zwar angetan, nur einheimisches Bier zu konsumieren; von welchen Leuten aber in der Aktienbrauerei das Bier produziert wird, werden diese Leuten wohl, genügend gezeigt haben. Wege der Aufsichtsrat der Direktion

